Aufrollung der Ostfragen in Genf?

Chamberlain will Deutschland und Rußland einander entfremden gegen Zugeständnisse in der Rheinlandräumung.

4. März 1927

In diplomatischen Kreisen wird die Befürchtung ausgesprochen, daß Chamberlain die Absicht habe, die Völkerbundsverhandlungen, die an sich kein allzu wichtiges Problem zu behandeln hätten, auf ein Geleis zu schieben, das zu **erheblichen Gefahren für die weltpolitische Konstellation der Mächte** führen könnte. Es ist allgemein aufgefallen, daß zuerst Chamberlain und dann erst Briand den Entschluß gefaßt haben, nach Genf zu reisen. Man vermutet daher, daß auf der kommenden Konferenz weniger deutsch-französische als deutsch-englische Verhandlungen im Vordergrund stehen werden. Und zwar glaubt man, daß

England die Völkerbundsverhandlung dazu benutzen will, die antirussische Front zu verstärken

und auch auf die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen einen Einfluß auszuüben. Voraussichtlich wird Chamberlain in direkten Verhandlungen mit Stresemann das ganze Ostproblem in vollem Umfange aufzurollen versuchen. **Chamberlain wird alle Mittel anwenden, um Deutschland und Rußland einander zu entfremden. In französischen Kreisen befürchtet man, daß Chamberlain für die Lockerung der deutsch-russischen Beziehungen einen Preis zu bieten bereit sei, der vielleicht in der Unterstützung der deutschen Ansprüche auf die Rheinlandräumung zu suchen wäre.** Eine gewisse Besorgnis im französischen Außenministerium ist nicht zu verkennen. So wird man den Genfer Verhandlungen, die bis jetzt den Anschein hatten, als ob keine besonderen Konfliktstoffe zu erwarten wären, mit gesteigertem Interesse entgegensehen können.

In Berliner diplomatischen Kreisen mißt man der vorstehenden Meldung große Bedeutung bei. Man hält es durchaus für wahrscheinlich, daß England unter Zustimmung Frankreichs die Absicht hat, auf der kommenden Ratstagung das

Problem der Beziehungen West-Europas zu Sowjet-Rußland grundsätzlich aufzurollen und sich für eine weitere Politik gegen Moskau der Unterstützung Deutschlands zu versichern.

Solche Pläne würden auch die in der letzten Zeit befolgte Taktik der englischen und französischen Presse verständlich machen, die systematisch die Erörterung des Systems der Rheinlandräumung auf der Märztagung als verfrüht und inopportun hinstellte.

Deutschland wird sich aber durch solche Versuche nicht von seiner klar vorgezeichneten politischen Linie abdrängen lassen, die eine weitere Verständigung mit Frankreich und England erstrebt und zur Erreichung dieses Zieles eine schnelle Bereinigung der noch zu klärenden Fragen, insbesondere des Rheinland- und Saarproblems als wichtigste Vorbedingung ansieht.

Deutschlands Politik gegenüber Sowjetrußland hat sich nach Meinung der Berliner diplomatischen Kreise stets im Rahmen der zwischen den beiden Staaten abgeschlossenen Verträge gehalten und wird dies auch weiter tun. Jeder Versuch von englischer oder französischer Seite, ein Entgegenkommen gegenüber Deutschlands Forderungen in den Westfragen von einer Aenderung der deutschen Politik im Osten abhängig machen zu können, wird auf einmütigen Widerstand der gesamten deutschen Oeffentlichkeit stoßen.

Chamberlain über die englisch-russischen Beziehungen.

4. März 1927

Im Laufe der gestrigen Unterhausdebatte ergriff unter anderem auch Außenminister Chamberlain das Wort zur Frage der englisch-russischen Beziehungen. Er betonte, daß die Sowjetregierung das britische Reich mit besonderem Uebelwollen behandele. Dies allein hätte ihn jedoch nicht zu dem von ihm unternommenen Schritt veranlassen können, wenn nicht noch andere Momente hinzugekommen wären. Wenn der Welt nicht gezeigt werde, wie stark England provoziert worden sei, würde ein Abbruch der englisch-russischen Beziehungen eine beunruhigende Wirkung auf die europäische Lage gehabt haben. Die Sowjetregierung habe sich bemüht, zu beweisen, daß die britische Regierung versucht habe, Unruhe zu stiften und diese Unruhe gegen die Sowjets zu nutzen. Das sei jedoch unrichtig. Man müsse bedenken, daß Rußland alles getan habe, um die Unterzeichnung des Locarnovertrages zu verhindern. Ebenso habe Rußland Deutschland zu überreden versucht, nicht in den Völkerbund einzutreten, sondern außerhalb auf Rußlands Seite zu bleiben. Deshalb habe er der Regierung Geduld empfohlen und zur Mäßigung geraten, trotzdem England ständig in ungewöhnlicher Weise provoziert worden sei. Gleichwohl gäbe es Grenzen für diese Geduld. England habe nicht die Absicht, sich in sowjetrussische Angelegenheiten einzumischen und auch keinen diplomatischen Feldzug gegen Rußland in der übrigen Welt geführt. Rußland solle seine Politik der in der Gesellschaft der Völker üblichen anpassen und davon Abstand nehmen, die Weltrevolution zu fördern. Nicht die Erklärungen der Russen seien für die Engländer ausschlaggebend, sondern ihre künftigen Handlungen. England müsse sich alle Kritik vorbehalten und rufe die Welt als Zeugen für die Berechtigung seiner Klagen an. Jedoch wolle England der Sowjetregierung noch einmal Gelegenheit geben, ihr Benehmen den üblichen Regeln des internationalen Lebens anzupassen.

Graf Westarp zur politischen Lage.

4. März 1927

Gestern abend fand in Frankfurt a. M. eine öffentliche Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt, in der auch Graf Westarp zur politischen Lage das Wort ergriff. Der Redner betonte, daß **die Räumung von Rhein und Saar**, von der Regierung und den Parteien als die **dringlichste außenpolitische Aufgabe des Augenblickes** angesehen werde. Auf das letzte Interview Briands eingehend, erklärte der Redner, daß **Briand dem Locarnovertrag Auslegungen gebe, die vom deutschen Standpunkt aus nicht anerkannt werden könnten. Unrichtig sei, daß Deutschland durch grundsätzliche Anerkennung seiner Westgrenzen auf jede weitere Entwicklung im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verzichte und daß sich Frankreich das Recht vorbehalten habe, in die entmilitarisierte Zone zur Unterstützung seiner polnischen und tschechischen Verbündeten einzumarschieren.** Zur Beruhigung jeder französischen Sorge um Frankreichs Sicherheit hätte Briand nur die volle Entwaffnung Deutschlands inmitten einer waffenstarrenden Welt und den Verzicht Deutschlands auf jede militärischen Grenzänderungen sowie die Garantie dieses Verzichtes durch die Locarnomächte hervorzuheben brauchen. Diese Vorleistungen Deutschlands sollten nun endlich zur Räumung des Rhein- und Saargebietes führen. **Von einer Verwirklichung des Verständigungsgedankens könne nicht die Rede sein, solange deutsches Land von fremden Truppen besetzt sei.** Zu begrüßen sei, daß in der letzten Zeit der Gedanke an ein sogenanntes Ost-Locarno amtlich nicht in den Vordergrund getreten sei und daß in allen Parteien des Reichstages volle Uebereinstimmung herrsche, daß ein **„Ost-Locarno" für Deutschland undenkbar** sei. Der Redner weist darauf hin, daß Weichsel und Rhein Gefangene fremder Nationen seien und betont die Unhaltbarkeit der im Osten geschaffenen Verhältnisse, namentlich des abgetrennten Ostpreußens und Oberschlesiens.

Die Spannung zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten.

4. März 1927

Nach Zeitungsmeldungen ist der mexikanische Gesandte in Washington auf Grund des amerikanisch-mexikanischen Notenwechsels aus Washington abgereist, um nicht wieder nach dorthin zurückzukehren.

Den Blättern zufolge hat die amerikanische Regierung in ihrer Note an Mexiko darauf hingewiesen, daß der **mexikanische Gesandte in Washington nicht mehr länger angenehm** sei. Der Gesandte soll angeblich während des Oelstreites Erklärungen an die Presse gegeben haben die der amerikanischen Regierung nicht passen. Die amerikanische Note ging nach einer inneren Washingtoner Kabinettssitzung nach Mexiko ab. Der mexikanische Gesandte verließ bereits damals Washington, erhielt aber auf der Durchreise durch St. Louis die telegraphische Anweisung seiner Regierung, nach der amerikanischen Hauptstadt zurückzukehren. Der mexikanische Gesandte hat jetzt Washington sofort nach dem Eintreffen der mexikanischen Antwortnote endgültig verlassen.

Vor dem Abbruch der amerikanisch-mexikanischen Beziehungen?

4. März 1927

Obwohl von seiten des amerikanischen Staatsdepartements erklärt wird, daß der Notenwechsel mit Mexiko zur Klärung der Atmosphäre beigetragen habe, sprechen Washingtoner Meldungen vielfach davon, **daß sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten schnell dem Krisenpunkt nähern.** Dem entsprechen auch mexikanische Meldungen, wonach dort **der baldige Abbruch der amerikanisch-mexikanischen Beziehungen befürchtet wird. Die letzte amerikanische Note komme beinahe einem Ultimatum gleich, worin die sofortige Einstellung der mexikanischen Propaganda in den Vereinigten Staaten gefordert wurde.** Das habe der mexikanische Gesandte und Generalkonsul in Washington, ein Halbbruder des Präsidenten Calles, auf sich bezogen. Die mexikanische Regierung habe in ihrer Antwortnote ihren Gesandten gegenüber den Vorwürfen von amerikanischer Seite verteidigt. — Zur Stunde ist es völlig ungeklärt, ob der mexikanische Gesandte Washington aus eigener Initiative verlasse oder ob er abberufen worden ist. Nach einer Meldung der Neuyork Times aus Mexiko wird dort die Abberufung des amerikanischen Gesandten in Mexiko, Cheffield, für möglich gehalten, obwohl amtliche Kreise sich über die Frage ausschweigen.

Generalstreikbewegung in Wien.

4. März 1927

Die Aufhebung des Waffenlagers im Wiener Arsenal hat noch während der gestrigen Nacht und in den heutigen Morgenstunden große Erregung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hervorgerufen. Ein Trupp von Schutzbündlern marschierte zum Arsenal. Noch in der Nacht erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Domes dem Wiener Polizeipräsidenten, daß im Falle der Fortsetzung der Amtshandlung heute früh ein allgemeiner Streik in Wien ausbrechen würde. Tatsächlich wurde sowohl in den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken wie auch auf einigen Bahnhöfen und bei größeren Firmen von der Arbeiterschaft der Wunsch nach einem Streik ausgesprochen. Doch gelang es den Führern, sie zu beruhigen. Während von sozialdemokratischer Seite behauptet wird, daß die Streikbewegung noch in der Nacht veranlaßt hätte, für die Einstellung der Waffenräumung zu sorgen, wird von offiziöser Seite erklärt, daß der ganze Inhalt des Waffenlagers abtransportiert und erst dann auch die Truppen zurückgezogen worden seien. Der Einbruchsversuch im Arsenal, der einen Militärfunktionär auf die Spur des Waffenlagers brachte, wird von sozialdemokratischer Seite als fingiert bezeichnet. Von dieser Seite wird ferner behauptet, daß der Heeresminister persönlich den Befehl zum militärischen Einschreiten gegeben habe. Der Minister hat auch in der Nacht die ganze Wiener Garnison alarmiert. Man hat in parlamentarischen Kreisen den Eindruck, daß die Angelegenheit ernst zu nehmen sei und noch weitere Folgen nach sich ziehen werde. Wem die Waffen gehört haben, ist nicht festgestellt, da sich bisher kein Eigentümer gemeldet hat.

Nach den letzten Meldungen aus Wien handelt es sich bei den Waffenfunden im Arsenal um wertloses Material. Die Waffenteile sind der Interalliierten Militärkontrollkommission übergeben worden.

Politische Tagesschau.

4. März 1927

Zum Besuch des Gouverneurs der Bank von England in Berlin. Wie die Telegraphen-Union an zuständiger Stelle erfährt, entbehren die Pressenachrichten, die den Besuch des Gouverneurs der Bank von England Montagu Norman in Berlin mit einer deutschen Mitwirkung bei der Stabilisierung des französischen Franken in Zusammenhang bringen wollen, jeder Begründung. Der Besuch, den Norman dem Reichsbankpräsidenten Schacht abstattet, bezweckt lediglich eine Aussprache über allgemeine Fragen der Währung und der internationalen Finanzlage, wie sie verabredungsgemäß zwischen den Leitern der großen Notenbanken von Zeit zu Zeit stattfinden. In der deutschen Reichsbank denkt niemand an eine Einmischung in französische Angelegenheiten, als welche eine Mitwirkung der Reichsbank bei der Stabilisierung des französischen Franken angesehen werden müßte.

Die Beamtenvertreter beim Reichsfinanzminister. Der Reichsfinanzminister gibt bekannt: Der Herr Reichsminister der Finanzen empfing heute die Vertreter der Beamten und Behördenangestellten, die ihm ihre Wünsche vortrugen. Der Minister nahm zu den einzelnen Fragen kurz Stellung; insbesondere erklärte er sich unter Hinweis auf seine Ausführungen im Reichstage bereit, die Vorarbeiten für eine Gesamtreform der Beamtenbesoldung sofort in Angriff zu nehmen, damit diese in Kraft gesetzt werden könnte, sobald es die Wirtschaftslage gestattet. Der Wohnungsgeldzuschuß wird mit Rücksicht auf die am 1. April d. J. bevorstehende Erhöhung der Miete entsprechend erhöht werden.

Ein Völkerbundsprotest des Saarbrücker Stadtrates. Der Stadtrat von Saarbrücken beschloß gestern, einen Protest an das Völkerbundssekretariat zu richten wegen der Weigerung der französischen Militärverwaltung, Wohnungen, die für die Besatzungstruppen und ihre Angehörigen in außerordentlich großem Umfange in Anspruch genommen werden, zu Wohnungszwecken für die Saarbevölkerung freizugeben.

Amerika.

Fortsetzung der Obstruktion gegen die Eigentumsbill. Die letzten Hoffnungen, daß die Eigentumsbill noch in dieser Session angenommen wird, schwinden immer mehr, da die Opposition ihre Obstruktion ununterbrochen fortsetzt. Nur ein unerwartetes Ereignis könnte noch in letzter Stunde die Annahme ermöglichen.

Frankreich.

Keine amerikanischen Kredite. Die Morgenblätter berichten aus Paris: Wie die Information financiere aus Washington meldet, ist der Antrag zahlreicher Bankiers aus Neuyork auf Aufhebung der Kreditsperre gegenüber Frankreich abgelehnt worden. Als Beweggrund wurde ausgeführt, daß Frankreich wohl das Schuldenabkommen Mellon-Berenger provisorisch ausführe, aber noch nicht offiziell ratifiziert habe.

Polen.

Der Sejm will Neuwahlen erzwingen. Wie die Abendblätter aus Warschau melden, wurde im Verfassungsausschuß des polnischen Sejm gegen die Stimmen der Rechtsparteien ein sozialistischer Antrag angenommen, dem zufolge der Sejm das Recht erhalten soll, sich auf Antrag eines Drittels seiner Mitglieder selbst aufzulösen.

Italien.

Ansprüche auf Tanger. Der Abbruch der französisch-spanischen Vorbesprechung zur Lösung der Tangerfrage hat in der italienischen Presse wieder ein gewisses Mißtrauen gegen die französischen Tangerabsichten aufkommen lassen. Die italienische Presse zeigt sich darin einig, daß die definitive Lösung der Tangerfrage nur auf einer Viererkonferenz mit Einschluß Englands und Italiens erfolgen könne. Das Popolo d' Italia gibt dem Temps, der davon gesprochen hatte, daß das Ergebnis der Tangervorbesprechungen nachträglich hätte England vorgelegt werden sollen, dahingehend eine scharfe Antwort, daß keine Entschließungen über Mittelmeerfragen ohne Italiens Zustimmung getroffen werden könnten. Die Antwort im Popolo d' Italia, die von Mussolini stammen dürfte, kann als ein offizielles Monitum gegen Frankreich und England angesehen werden. Sie schließt damit, daß Italien als erste Mittelmeermacht in Tanger mitzusprechen habe. Sie läßt durchblicken, daß Italien vorläufig Spaniens Tangerforderungen als Gegenmittel gegen die französische Vorherrschaft im Mittelmeer unterstützen würde.